

Mittwoch, 13. Dezember 1961

Blatt 2707

Die Filmarbeit des Landesjugendreferates

13. Dezember (RK) Das Landesjugendreferat bereitet gemeinsam mit der Leitung des Pädagogischen Institutes eine Veranstaltungsreihe vor, in der praktische Wege für zeitgemäße Filmerziehung dargelegt werden sollen. Für Unterrichtszwecke stehen bereits zwei Schmaltonfilmgeräte und acht Tonfilmkopien zur Verfügung.

Im Rahmen der Vortragsfolge spricht Prof. Dr. Edith Rausser am 15. Dezember über Filmerziehung im Unterricht, Siegfried Mohrhof vom Institut "Film und Bild" in München am 12. Jänner über die Filmerziehung in der Sicht zeitgemäßer Pädagogik und Dr. Gertrude Behringer am 26. Jänner über die Filmerziehung während der Unterrichtszeit für die Zehn- bis Vierzehnjährigen. Die Vorträge, an die sich Diskussionen und ein Erfahrungsaustausch schließen werden, finden jeweils um 17 Uhr im Hörsaal des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien, 7, Burggasse 14-16, statt.

Mit dieser Veranstaltungsreihe setzt das Landesjugendreferat die seit 1950 intensivierete Arbeit um die Zukunft des für die Jugend geeigneten Films fort, wobei auf die entsprechende Schulung der in Frage kommenden Lehrpersonen besonderer Wert gelegt wird. Hiezu gehören auch das Jugendfilmabonnement für Haupt- und Mittelschüler, das Berufsschülerabonnement, die Sondervorführungen empfehlenswerter Filme für Lehrer und Erzieher und die Arbeitsgemeinschaft "Jugend und Film" sowie "Jugend

und Fernsehen". In beiden Arbeitskreisen werden laufend alle Möglichkeiten untersucht, wie man den jungen Wienern die positiven Werte des Films und Fernsehens nahebringen kann.

Das Landesjugendreferat bemüht sich außerdem um das Erscheinen der Zeitschrift "Wir blenden auf", führt Filmseminare für Lehrer und Mittelschüler durch und stellt geeignete Unterlagen für Filmdiskussionen während der Unterrichtszeit und für Sondervorführungen und Filmabende der Jugendorganisationen zur Verfügung. Den Wiener Elternvereinen werden Filme und Vortragende für alle erwähnten Fragen vermittelt.

- - -

Angelobung von Bezirksräten

13. Dezember (RK) Heute wurden von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Wiener Rathaus Medizinalrat Dr. Erich Csöngei und Margarete Ernst (beide 17. Bezirk) als neu berufene Bezirksräte angelobt. Senatsrat Wawrusch verlas die Gelöbnisformel. Die neuen Bezirksräte leisteten Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbnis.

- - -

Am 23. Dezember Lebensmittelverkauf bis 18 Uhr

13. Dezember (RK) Um zu Weihnachten eine klaglose Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Lebensmitteln zu ermöglichen, hat Landeshauptmann Jonas mit Entschliebung vom 12. Dezember verfügt, daß am Samstag, dem 23. Dezember, alle Lebensmittelgeschäfte von 7 bis 18 Uhr offenhalten dürfen.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung
=====

13. Dezember (RK) Am heutigen dritten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, behandelt. Der Referent Vizebürgermeister Mandl (SPÖ) führte aus:

"Die Ansätze des Jahres 1962 liegen um 39 Millionen Schilling höher als die des Vorjahres und betragen auf der Ausgabenseite 373 Millionen. Davon entfallen auf den reinen Kulturretat 152,533.000 Schilling, für das Wiener Schulwesen sind 220,505.000 Schilling bereitgestellt.

Das ist außerordentlich erfreulich, wenngleich ich nicht verhehlen möchte, daß in den Ansätzen ein Betrag von allein 37 Millionen als Bauaufwand für das Theater an der Wien enthalten ist.

Die Entwicklung der Kultur Groschen erträge weist durch den sinkenden Kinobesuch eine stark rückläufige Tendenz auf.

Betrugen die Mittel aus dem Kultur Groschen 1958 noch elf Millionen Schilling, so sinken sie im Jahre 1962 auf etwa acht Millionen Schilling.

Und gerade mit diesen Geldern konnte unseren Verbänden und sonstigen Institutionen viel geholfen werden.

Wir alle wissen, wie notwendig und zweckmäßig es ist, Geld zu haben: im allgemeinen, aber im besonderen bei der kulturellen Arbeit, die ja ohne materielle Beihilfen nicht geleistet werden kann.

Wir wissen aber ebenso genau, daß Geld allein weder den Einzelmenschen noch die Gesellschaft in all ihren Bereichen weiterentwickelt und glücklich macht, wenn nicht darüber hinaus die Erkenntnis und der Wille gegeben sind, auch den Notwendigkeiten des geistigen Lebens aktiv zu dienen.

Dabei wird man, so gut der einzelne oder die Gemeinschaft materiell auch bestellt sein mag, des Opfers nicht entbehren können.

Kulturmensch sein erfordert sehr häufig Verzicht auf Bequemlichkeit und ich persönlich glaube, daß es ohne diese Verzichtete gar nicht geht.

Es ist heute allerdings nicht populär, von den Menschen Opfer zu verlangen, denn dieses Wort ist dem Sprachschatz der meisten Menschen entschwunden.

Wohlstand und Kultur

In unserer westlichen Industriegesellschaft, die sich als politisches System die Demokratie gewählt hat, ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, und dazu die Überzeugung, die Wohlfahrt der Menschen sei die wesentlichste Aufgabe der Gemeinschaft. Es ist dafür gesorgt, daß Arbeitslosigkeit, Ausbeutung, Hilflosigkeit bei Krankheit und im Alter von den Menschen ferngehalten werden, daß die **echte** Nutznießung der von der Maschine geleisteten Arbeit durch Verkürzung der eigenen Arbeitszeit, durch Verlängerung von Urlaub und Erholung dem Menschen zugutekommen.

All diese Bestrebungen haben bewirkt, daß Armut und materielle Not als soziale Massenerscheinungen in unserer Gesellschaft weitgehendst abgebaut worden sind.

Im Gegenteil, durch das Zusammenwirken beider großer Parteien war es in Österreich möglich, die günstige weltwirtschaftliche Situation zu nützen und einen Wohlstand aller Teile der Bevölkerung zu erzielen, wie er in diesem Ausmaß noch nie erreicht worden war.

Vizebürgermeister Mandl illustrierte dann mit mehreren treffenden Beispielen den steigenden Wohlstand. Er sagte dann: Nichts gegen den Wohlstand der Menschen. Es wäre aber falsch, nun zu glauben, daß mit der Befriedigung aller materiellen Bedürfnisse alle Erfordernisse erfüllt wären. Es stellt sich nämlich heraus, daß trotz allem weder der einzelne zufrieden und glücklich ist, und daß auch die Gemeinschaft trotz relativem Wohlstand Krankheitserscheinungen zeigt, deren Beziehungen zur Prosperität doch untersucht werden müßten.

Das Kuratorium der Dr. Karl Renner-Stiftung erkannte in diesem Jahr unter anderen zwei Ärzten den Rennerpreis zu, die sich mit einigen dieser Krankheitserscheinungen der modernen Gesellschaft beschäftigen und auf dem Gebiet der Sozialtherapie Hervorragendes geleistet haben.

Der eine ist Dozent Dr. Ringel, er arbeitet auf dem Gebiete der Lebensmüdenfürsorge, der andere ist Primarius Dr. Rotter, der

sich auf dem Gebiete der Trinkerfürsorge Verdienste erworben hat.

Einige Zahlen aus ihrer Arbeit: Im Jahre 1960 endeten in Österreich 1.629 Menschen durch Selbstmord. Zwischen 1949 und 1959 wurden von der Stelle Dr. Ringels 11.432 Personen mit Selbstmordabsicht oder nach Selbstmordversuch betreut. Die Selbstmordquote steigt trotz Prosperität weiter an.

In der Trinkerfürsorgestelle Dr. Rotters wieder meldeten sich bis 1960 freiwillig mehr als 15.000 Alkoholiker, um sich von ihrer Krankheit befreien zu lassen.

Der Anteil der Trinker an den in Steinhof Internierten stieg von 46 Prozent im Jahre 1956 auf 60 Prozent im Jahre 1960. Die Zahl der an Alkoholvergiftung leidenden Jugendlichen unter 18 Jahren ist in zehn Jahren auf das Sechsfache gestiegen.

Die Jugendkriminalität stieg in den letzten drei Jahren in besorgniserregendem Maße; dabei zeigen diese kriminellen Jugendlichen meist einen Zynismus, der erschreckend ist.

Es gibt unter der Jugend die sogenannte Luxus-Verwahrlosung, von der besonders die vermögenden Kreise erfaßt sind, und es gibt das uns allen bekannte Halbstarckenproblem. Ein Ereignis der letzten Wochen zeigte es in aller Deutlichkeit, als in Paris bei einer Veranstaltung 3.500 Jugendliche die Stühle des Sportpalastes zerbrachen, die Fenster einschlugen und mehrere hundert Schnaps- und Weinflaschen auf das Podium warfen. 14 Polizisten wurden schwer verletzt.

Alle diese Erscheinungen zeigen deutlich, daß sich die sozialen Probleme unseres gesellschaftlichen Lebens systematisch zu verschieben beginnen.

An die Stelle der physischen und materiellen Not ist die psychische und kulturelle Not getreten und von ihr getrieben fallen die materiell saturierten Menschen Mißständen verschiedenster Art zum Opfer.

Analysiert man nun diese Erscheinungen, so ist neben der Tatsache, daß die Familie ihre gesellschaftliche Funktion kaum erfüllt, der starke Einbruch der Massenmedien in unseren Freizeitraum eine der Hauptursachen für die negative, oft asoziale Reaktion der Menschen.

Jeder dritte Tag ist "Urlaub"

Ist es Ihnen schon einmal so richtig zum Bewußtsein gekommen, wie groß der Freizeitraum des Menschen von heute eigentlich schon geworden ist? Heute hat praktisch **jedermann** jeden dritten Tag frei. Wenn man die freien **Samstage und Sonntage**, die zwölf Feiertage und einen Urlaubsanspruch von nur 18 Tagen rechnet, kommt man auf 134 freie Tage, bei 365 Tagen im Jahr. Das ist sehr viel und die Automation wird diese Möglichkeiten noch weiter steigern.

Und wie sieht es nun mit diesem Freizeitraum aus, der den Menschen gerechterweise zukommt und der doch - so glauben wir wenigstens - dazu da sein sollte, der Erholung, der Bildung, der Erbauung und dem inneren Glück des einzelnen und der Gemeinschaft zu dienen.

Früher war die Gestaltung der Freizeit des Menschen durch Sitte und Brauchtum innerhalb der Großfamilie und der Nachbarschaft festgelegt.

Die zusammengeballten Menschenmassen der modernen Großstädte sind ohne Leitbilder und fast ausnahmslos dem Einfluß der Massenmedien Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen ausgeliefert, die wieder - meist vom Geschäft mißbraucht - verheerend auf den Menschen und vor allem auf unsere Jugend einwirken.

Es gibt auf der Welt 8.000 Tageszeitungen, die täglich 250 Millionen Käufer finden. 45 Prozent dieser Summen entfallen auf Europa.

Einige dieser Presse-Erzeugnisse hat man auf ihren Inhalt hin untersucht: 31.5 Prozent Sensationen, Morde, Verbrechen, 21.7 Prozent Anzeigen, Inserate aller Art, 8.7 Prozent Sport, drei Prozent seriöse Abhandlungen, 1.5 Prozent Politik und Staat, 0.8 Prozent Kultur und der Rest Romane, Rätsel etc.

In Österreich gibt es 37 Tageszeitungen mit einer Käuferzahl von 1,5 Millionen Menschen, davon entfallen allein auf Wien elf Tageszeitungen mit 984.000 Käufern. Wenn Sie pro Zeitung etwa vier Personen als Leser rechnen, ist das der richtige Schnitt.

Es gibt im deutschen Sprachraum 40 Illustrierte mit einer monatlichen Auflage von 70 Millionen Exemplaren, die auch abgesetzt werden.

Wir haben in Österreich 1.275 Kinotheater, die 1960 106,5 Millionen Besucher hatten, davon entfallen auf Wien fast 38 Millionen.

In Europa gibt es 104.000 Kinos, die allein 1960 sechs Milliarden Besucher ausweisen.

Der Wiener geht nun 30mal ins Kino und nur zweimal ins Theater. Und was sieht er im Kino? 96 Prozent aller Filme sind Unterhaltungsfilme. Ihre Themen sind nach einer Untersuchung zu 48 Prozent Sex und Liebe, 25 Prozent Verbrechen und 16 Prozent Komödienstoffe und elf Prozent andere Themen.

In den Zwanzigerjahren gesellte sich zu Presse und Film der Rundfunk. Allein in Österreich gibt es mehr als zwei Millionen gemeldete Apparate. In den letzten Jahren kommt noch das Fernsehen. Es sind derzeit in Österreich 274.920 Apparate gemeldet, vor denen sich nach Schätzziffern des Rundfunks täglich etwa eine bis eineinhalb Millionen Menschen versammeln.

Alle diese Massenmedien zusammengenommen ergeben eine Macht der Suggestion und des Einflusses auf das Denken und Handeln der Menschen, die uns in ihren Auswirkungen noch gar nicht richtig zum Bewußtsein gekommen ist.

Die Aktivität der Menschen erlahmt - man wird in zunehmendem Maße passiv, aufnehmend, statt aktiv und ausübend, das Denken wird einem abgenommen, man ist froh, daß es die anderen tun, auf die man dann schimpfen kann; sie sagen einem genau, wie man sich zu verhalten und was man zu tun hat.

Und weil man nicht mehr denkt und nur tut, was einem eine riesige Reklame einpaukt, wird einem fad, man weiß nichts mit sich anzufangen, man läuft vor sich selbst davon, man rast durch den Urlaub und frißt Kilometer, man läßt sich wochenlang im Autobus durch die Länder schleppen, in Herden durch die Städte schleusen, man läßt "das Radio" stundenlang "laufen", ohne nachher zu wissen, was man gehört hat, man sieht zu, wie 22 Mann um einen Ball kämpfen, und nennt das Sport betreiben usw.

1921 waren bei den Österreichischen Gebirgsvereinen noch 15.500 Bergwanderungen gemeldet. Damals zählten wir 6.611 Personenkraftwagen.

1951 gab es nur mehr 4.700 solcher Wanderungen, dafür hatten wir 22.227 Personenkraftwagen. Seither schweigt die Statistik.

Im Spieljahr 1960/61 wurden in Österreich im Toto 125 Millionen umgesetzt, das sind 250.000 Arbeiter-Wochenlöhne zu 500 Schilling.

Zwei bekannte Soziologen haben in England das große Geschäft mit den Teenagern untersucht. Fünf Millionen junger Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren haben im Jahre 1960 für ihre persönlichen Bedürfnisse 40 Milliarden Schilling ausgegeben, das sind achttausend Schilling im Jahr, und rund 660 Schilling im Monat.

Sie kaufen fast 43 Prozent aller Schallplatten, 37 Prozent aller Fahr- und Motorräder, 28 Prozent aller Kinokarten, 29 Prozent aller kosmetischer Artikel und bestreiten 30 Prozent aller Vergnügungsausgaben. Jeder von ihnen gab im Schnitt 720 Schilling für Alkohol aus.

Und dieses Geschäft nimmt kein Ende. Man schreibt den jungen Leuten vor, wie sie sich jeweils zu kleiden haben, welche Frisur momentan modern, welche Schallplatte der Schlager des Monats und welcher kosmetische Artikel unumgänglich notwendig ist. Und das wird aus tausenden Lautsprechern und Fernsehapparaten, in Dutzenden von Filmen, von Millionen Schallplatten und Illustrierten solange getrommelt, bis die jungen Leute willenlose Werkzeuge des großen Geschäftes geworden sind.

Man engagiert auch richtige Vertreter für dieses Geschäft, die zwar nicht von Tür zu Tür gehen, sondern den jungen Menschen als Idol und Leitbild hingestellt werden und Nachahmung finden sollen: Brigitte Bardot, Peter Kraus, Elvis Presley und wie sie alle heißen wollen.

Neue Wege der Kulturpolitik

Die Kulturpolitik unserer Tage muß neue Wege gehen und sehr aktiv sein, soll das alles nicht ein böses Ende nehmen. Sie hat heute eine betont psychotherapeutische und sozialpädagogische Aufgabe und trifft sich dabei mit den Bestrebungen einer modernen, auf neue Grundlagen zu stellenden Wohlfahrtspflege.

Zum Glück sind wir in Österreich und in Wien zum Großteil noch verschont geblieben vor Exzessen wie sie andere Städte schon erleben mußten.

Das danken wir der Arbeit der Jugendorganisationen, die im Bundesjugendring vertreten sind, den Schulgemeinden, den vielen Vereinigungen kultureller Art, die oft unbemerkt und noch öfter unbedankt in unserer Mitte wirken.

Wer von uns weiß zum Beispiel etwas über die "Musikalische Jugend Österreichs"? 1949 wurde sie als Zweigstelle der "Jeunes-ses Musicales" gegründet. 1950 wurde der erste Zyklus von sechs Orchesterkonzerten aufgelegt und von 1.800 Mitgliedern im Abonnement getragen.

Heute 1960/61 bestellt Wiens musikalische Jugend 28.000 Abonnements, die in 13 Zyklen mit zusammen 90 Konzerten fast nicht mehr zu bewältigen sind.

Preise der Karten im Abonnement 3 bis 19 Schilling.

Das erfreulichste ist, daß sich diese Musikalische Jugend auch aktiv - musikausübend - betätigt. Sie führt zum Beispiel das Wiener Jeunesse-Orchester mit 105 Musikern, den Wiener Jeunesse-Chor mit 280 Sängern, den Österreichischen Kammerchor mit 50 Sängern, das Barockensemble der Musikalischen Jugend und 14 kleine Kammermusikgruppen.

Die Verwaltung dieses riesigen Betriebes wird zu 80 Prozent von Jugendlichen unter 25 Jahren geführt.

Das Landesjugendreferat der Stadt Wien leistet hier ebenfalls wertvollste Arbeit. Es betreut die Jugendorganisationen, schult in Fortbildungslehrgängen Erzieher, Jugendführer und Eltern, organisiert Diskussionen und andere Veranstaltungen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Film gewidmet.

Allein im letzten Schuljahr wurden 64 Filmdiskussionen durchgeführt, an denen 10.900 Jugendliche teilnahmen. Das Filmabonnement allein wurde von 54.000 Kindern in Anspruch genommen.

Das Landesjugendreferat hat sich den Verein "Wiener Jugendkreis" geschaffen, der in seinem Auftrag Ski- und Ferienlager durchführt und der das Jugendzentrum in Erdberg verwaltet.

Dieses Jugendzentrum zeigt nach hartem Beginn eine schöne Entwicklung. Es ist eine Art "Haus der offenen Tür" und beherbergt heute drei Erwachsenengruppen, 25 Kinder- und 17 Jugendgruppen. 1.050 Jugendliche, 1.100 Kinder und 400 Erwachsene frequentieren monatlich das Heim.

In diesem Jahre wird in der Zeltgasse, in einem umgestalteten Schulhaus eine ähnliche Einrichtung der Benützung übergeben.

Eine besondere Aufgabe bei der Formung der Persönlichkeit fällt der modernen Volksbildung zu. Der Wiener Verband hat jede nur mögliche Unterstützung der Gemeindeverwaltung. Für die 13 Volkshochschulen mit ihren 93.000 Hörern steht für 1962 ein Subventionsbetrag von 2,1 Millionen zur Verfügung.

Das Bauprogramm, das die Häuser der Wiener Volksbildung auf einen zeitgemäßen Standard bringen soll, ist in vollem Gange. Es umfaßt einen Aufwand von 50 Millionen. Das Gebäude 10, Arthaberplatz, ist fertig und das modernste Volkshochschulgebäude Wiens geworden. Das Volksheim 19, Heiligenstädter Straße wurde im Herbst eröffnet. Die Renovierungsarbeiten an der Wiener Urania und am Volksheim Ottakring stehen vor der Vollendung. Die Säle beider Häuser konnten neugestaltet ihrer Bestimmung übergeben werden.

1962 sollen der Neubau des Volksheimes Kaisermühlen und der Umbau der Volksbildungshäuser Alsergrund und Groß-Jedlersdorf begonnen werden. Falls die Planung fertig wird, soll auch das Jugendzentrum Matzleinsdorfer Platz in Angriff genommen werden.

Wie bekannt, ist auch die Errichtung eines Planetariums geplant. Für 1962 ist eine erste Baurate von einer Million vorgesehen. Das Spezialinstrumentarium wurde im Sommer bestellt, es kostet 4,6 Millionen.

Ein wesentlicher Bildungsfaktor sind unsere städtischen Büchereien. Wir bemühen uns, die Menschen wieder zum Buch zu führen. Die städtischen Büchereien hatten nach der Gebietsabtrennung 1954 43 Zweigstellen mit 45.211 Lesern und einem Bestand von 264.720 Büchern. Heute haben wir 50 Zweigstellen mit 55.703 Lesern und 330.716 Bücherbestand.

Der Bücher-Autobus hat sich bewährt; er betreut 21 Nebenstellen, die durch eigene Haltestellentafeln gekennzeichnet sind. Er hat heute einen festen Leserstock von 1.445 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Für 1963 ist die Anschaffung eines zweiten Bücher-Bus für die südlichen **Bereiche** der Stadt vorgesehen.

Vor kurzem ist die alte Bücherei Döbling in das neue Volksheim übersiedelt, im kommenden Jahr wird die Großbücherei auf dem Brigittaplatz eröffnet werden.

Stipendienwerk hat sich bewährt

Für Hochschul- und Mittelschulstipendien, für Stiftungsstipendien und Schulgeldermäßigungen werden im kommenden Jahr 3,2 Millionen Schilling ausgegeben. Wir können damit 200 Hochschul- und 200 Mittelschul-Vollstipendien verleihen und an 150 Hochschul- und 200 Mittelschüler einmalige Studienbeihilfen geben.

Die Stipendien sind zu einer echten Förderung der Begabten geworden, deren Studienerfolg nach jedem Semester überprüft wird.

Unsere wissenschaftlichen Institute: die Stadtbibliothek, die städtischen Museen und das Archiv der Stadt Wien reihen sich organisch in die Bildungsbestrebungen des Kulturamtes ein.

Die Wiener Stadtbibliothek konnte ihre Bestände um 7.200 Inventarnummern erweitern. Die Zahl der Leser betrug 17.475, das sind pro Tag 58 Benützer.

Für 1962 ist der Ausbau des Depots für die Musiksammlung vorgesehen, in dem Platz für 50.000 Notendrucke geschaffen wird.

Das Historische Museum der Stadt Wien konnte in diesem Jahr das zweite Stockwerk eröffnen, nachdem die Sonderschau der Neuerwerbungen abgeräumt worden war. Es zählte 42.817 Besucher. Mehr als 21.000 Besucher wiesen darüber hinaus unsere Musiker-Gedenkstätten und das Uhrenmuseum auf.

Die erweiterte römische Ruinenstätte wird noch im Dezember eröffnet werden; für die Renovierung des Uhren-Museums ist ein Betrag von 400.000 Schilling vorgesehen.

Das Archiv der Stadt Wien seit 40 Jahren auch Landesarchiv, ist mit der Übersiedlung in das neue Depothaus beschäftigt, die in der ersten Hälfte des kommenden Jahres abgeschlossen sein wird.

Die Wiener Schulen

Der Grundstein jeder Bildung und Erkenntnis wird in der Schule gelegt. Daher einiges über das Wiener Schulwesen, soweit es den sachlichen Aufwand betrifft.

Die Schülerzahl ist weiter gesunken. Zählten wir im Schuljahr 1960/61 noch 3.069 Klassen mit 86.341 Kindern, so hat das Schuljahr 1961/62 nur mehr 2.840 Klassen mit 80.542 Schülern.

Dazu ist ein Trend in die Außenbezirke feststellbar, während die Innenbezirke aussterben. So hat der 9. Bezirk 51 Prozent seiner Schüler verloren, der 7. Bezirk sogar 53 Prozent.

Wir rechnen, daß sich die Schülerzahlen nach Jahren bei etwa 100.000 stabilisieren werden und halten auch für diese Zahl Platz.

Wir haben derzeit an Pflichtschulgebäuden im Bau: die Volksschule und Hauptschule 23, Peterlinigasse (Mauer) mit 20 Klassen, die voraussichtlich im Herbst 1962 fertig sein wird; die Volksschule 21, Reisingasse mit 12 Klassen, ebenfalls fertig im Herbst 1962; die Knaben- und Mädchen-Hauptschule 16, Grundsteingasse, als Ersatz für die nicht renovierbare Hauptschule Abelegasse, eine Doppelschule mit 16 Klassen, zwei Turnsälen, einer städtischen Bücherei.

In Planung sind die Schulen: Knaben- und Mädchen-Hauptschule 11, Enkplatz mit 24 Klassen, Volksschule 19, Krim mit 8 Klassen, Hauptschule 21, Strebersdorf mit 12 Klassen, Volksschule 10, Wienerfeld-West mit 12 Klassen, Volksschule und Hauptschule 8,

Josefstädter Straße 95 bis 97 mit 18 Klassen und zwei Schulpavillons in 22, Eßling mit 4 Klassen und 22, Leopoldau mit 2 Klassen.

Unser Generalrenovierungsprogramm wird mit verstärkter Intensität fortgesetzt. Zehn Schulen aus dem Bauprogramm 1961 werden bis Ende des Jahres fertig, 16 andere Schulen werden 1962 begonnen.

Auch an den Berufsschulen sinken die Schülerzahlen weiter. Nach einem Höchststand von mehr als 45.000 Schülern halten wir im Schuljahr 1961/62 bei 35.230 und werden auf Dauer mit etwa 25.000 bis 26.000 Schülern rechnen können. Die Berufsschule für Fleischer in St. Marx wird im Frühjahr 1962 fertig, die Berufsschule für Friseure Gurkgasse-Reinlgasse dürfte es im Herbst werden. Für das 3. Zentralberufsschulgebäude sind die Pläne fast fertig, die Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind im Gange.

Wir haben auch für das im neuen Schulgesetz vorgesehene 9. Schuljahr vorgesorgt. Wir zählen heute 80.000 Schüler und haben derzeit schon Raum für 100.000. Nachdem ein Schuljahrgang nur 10.000 Kinder umfaßt, bleibt selbst bei momentaner Einführung des 9. Schuljahres eine Reserve für weitere 10.000 Schüler gegeben.

Wir wollen und wünschen, daß Wien wieder eine Schulstadt europäischer Bedeutung wird, und das soll seinen Ausdruck nicht nur finden in der Schönheit, Zweckmäßigkeit und Sauberkeit unserer Schulgebäude, sondern auch im Geist, der sie beseelt.

Einer der wertvollsten Helfer für eine moderne Unterrichtsgestaltung ist unsere Landesbildstelle. Die Adaptierung der Schule 7, Zieglergasse 49, für die Landesbildstelle Wien und Burgenland ist in vollem Gange. In den nächsten Jahren wird in der Bildstelle eine große Arbeit zu bewältigen sein, da die Umstellung der nicht mehr zeitgemäßen schwarz-weiß-Dia-Serien auf Farbdias unerlässlich geworden ist.

Ich habe schon erwähnt, daß sich das Wiener Musikleben erfreulich entwickelt. Es braucht uns um die Zukunft der Musikstadt Wien nicht bange zu sein. Die Besucherzahlen steigen, die guten Konzerte sind meist ausverkauft, und wir können feststellen, daß das junge Konzertpublikum ebenso von Begeisterung getragen ist, wie das Publikum von heute.

Unsere Musiklehranstalten haben ihre Position als Stätte der Erziehung und Pflege echter Gesangs- und Musikkultur festigen und weiter ausbauen können.

Im Schuljahr 1960/61 feierten unsere Schülerkonzerte das zehnjährige Jubiläum ihres Bestandes, in dessen Rahmen der 600.000. Besucher begrüßt werden konnte. Wenn uns die Verantwortlichen der Jeunesse musicale sagen, daß sie die außerordentlich gute Entwicklung ihrer Organisation zum Großteil auf die Auswirkungen unserer Schüler- und Jugendkonzerte zurückführen, dann ist das die schönste Anerkennung, die dieser Einrichtung zuteil werden kann.

Wir haben vor einem Jahre versucht, auch die Volkshochschulen in unser Programm einzubeziehen. Ich kann heute noch nicht sagen, ob diesen Bemühungen Erfolg beschieden sein wird.

Außerordentlich gut eingeführt haben sich die Arkadenhof-Konzerte, die in den zehn Jahren ihres Bestandes 285.000 Besucher zählten. Auch die Palaiskonzerte, vor zwei Jahren begonnen, zeigen guten Erfolg.

Das Konzertprogramm für den Wiener Sommer umfaßt nun insgesamt 96 Veranstaltungen, für die 580.000 Schilling ausgegeben werden.

Als wichtigste Träger des Wiener Musiklebens, sozusagen als das Konzertsorchester Wiens, sind wohl die Wiener Symphoniker anzusprechen. Sie haben ein Gesamtbudget von 13,9 Millionen Schilling. Davon werden 5,2 Millionen vom Orchester selbst aufgebracht, 8,7 Millionen fließen aus Subventionen, von denen der Zuschuß der Gemeinde 5,8 Millionen pro Jahr beträgt.

Schon anlässlich der Budgetdebatte des Vorjahres habe ich mich sehr eingehend mit der Situation der Wiener Privattheater beschäftigt und ihre triste finanzielle Lage dargelegt.

Es hat sich seit damals nichts geändert. Die Besucherzahl der von uns subventionierten drei Bühnen mit ihren Nebenstellen sank neuerlich um 33.000 auf 1.081.512 Personen.

Die Subventionen stiegen, wenn wir alles rechnen, was durch Bund, Gemeinde, Festwochen, etc. diesen Theatern gegeben wird, auf 16,7 Millionen.

Der Widersinn der Situation auf dem Gebiete des Theaters zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der Tatsache, daß die Besucherzahl der Bundestheater 1959/60 um 239.000 zunahm und das Defizit dieser Bühnen gleichzeitig von 147 Millionen auf 155 Millionen stieg.

Es scheint so, daß im deutschsprachigen Bereich, vielleicht darüber hinaus in Europa, das Theater ohne Subventionen nicht leben kann. Aber irgendwo müssen, glaube ich, auch hier einmal Grenzen gefunden werden.

Wir haben uns in den nächsten Jahren sehr zu bemühen, durch Heranbildung eines guten Nachwuchs-Publikums vielleicht doch eine Änderung der Situation herbeizuführen.

Das Theater der Jugend und das Jugendabonnement scheinen geeignete Einrichtungen zu sein.

Die Stadt Wien ist auch weiterhin bestrebt, der bildenden Kunst zu dienen und den bildenden Künstlern zu helfen.

Wir vergeben Aufträge an Künstler, wir kaufen deren Werke für unsere Schulgalerien, für unser Museum, und für den Schmuck von Aufenthaltsräumen in Spitälern und anderen Anstalten.

Wir haben derzeit 27 Galerien in Schulen und 32 in Volkshochschulen, Spitälern und Heimstätten. Im Juni wurden die Werkstätten für Bildhauer an der Simmeringer Hauptstraße eröffnet und dem Berufsverband zur treuhändigen Verwaltung übergeben.

Die "Grüne Galerie" im Stadtpark hat sich eingelebt und wird auch im kommenden Jahr wieder gestaltet.

Unsere Großausstellung "Cézanne" im Belvedere hatte 121.000 Besucher zu verzeichnen. 1962 wollen wir "Seurat und seinen Kreis" zeigen - vorausgesetzt, daß die Leihgeber bereit sind, die Bilder zur Verfügung zu stellen.

Die Plakatwertungsaktion feierte ihr Zehnjahr-Jubiläum mit einer großen Schau im Schwarzenbergpark. Sie wird auch im kommenden Jahr mit einem Rechenschaftsbericht und einer Sonderschau "Fremdenverkehrsplakate europäischer Großstädte" wiederholt werden.

Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" begegnet in diesem Jahr besonderem Interesse des Publikums.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch erwähnen, daß wir die alten, arbeitsunfähig gewordenen Künstler nicht vergessen.

Unsere Ehrenpensionen und ehrenhalber gegebenen Zuwendungen konnten in diesem Jahre geregelt werden. Für jene Personen, deren einziges Einkommen die verliehene außerordentliche Zuwendung ist, wurde ein Satz bis 1.500 Schilling festgelegt, den anderen kann ein Betrag bis zu 800 Schilling zuerkannt werden.

Sportförderung

Die Stadt Wien hat sich auch in diesem Jahr bemüht, den Sportorganisationen zu helfen wo und wie das nur möglich war. Im Juni wurde die große Sportanlage 17, Lidlgasse, mit 36.000 Quadratmeter Fläche der Benützung übergeben.

Wir haben derzeit 81 solcher Anlagen mit 2,1 Millionen Quadratmetern an Sportvereine verpachtet, gegen eine Miete von zwei Groschen pro Quadratmeter und Jahr. Darüber hinaus stehen in der schönen Jahreszeit 14 Jugendspielplätze zur Verfügung, die von 145.000 Kindern und Jugendlichen besucht wurden. 77 Schulen, 37 Kindergärten und 68 private Vereine sind auf diesen Plätzen untergebracht.

Derzeit haben wir für Wiens Kinder und Jugendliche 565 städtische Spielplätze registriert.

Im Herbst wandern unsere Sportorganisationen meist in die Turnsäle. 230 Turnsäle stehen zur Verfügung, ein Turnsaal wird durchschnittlich täglich von zwei Vereinen benützt.

Der Sportgroschen erbrachte in diesem Jahre einen Betrag von 2,490.000 Schilling, der an die Sportorganisationen verteilt wurde. Darüber hinaus wurden das Kinderturnen subventioniert, Schulschwimmen und Haltungsturnen fortgesetzt.

Auch im kommenden Jahr werden wieder bedeutende Beträge für bauliche Herstellungen ausgeworfen.

Für das Stadion sind 1,7 Millionen, für den Campingplatz West II 700.000 Schilling, für Kleinkinder- und Ballspielplätze 300.000 Schilling und für Jugendspielplätze fast vier Millionen vorgesehen. Insgesamt stehen 1962 für Sportförderungszwecke 12,694.000 Schilling zur Verfügung.

Fremdenverkehr

Wien hat sich in der Welt wieder einen Namen gemacht, es ist Weltstadt geworden. Das sagen uns die Menschen aller Kreise im Ausland und das sagen uns die Gäste, die in steigendem Maße unsere Stadt besuchen, hier ihre Kongresse und Tagungen abhalten.

Der Wiener Fremdenverkehr zeigt auch in diesem Jahr eine gesunde Aufwärtsentwicklung. Wohl hatten wir im Sommer durch Berlin- und Südtirolkrise einen Rückgang der Besucherzahlen aus Amerika und Italien zu verzeichnen, der aber durch ebenso starkes Steigen der Besucherzahlen aus Deutschland und Skandinavien ausgeglichen werden konnte. Zählten wir 1959/60 846.800 Besucher mit 2,367.400 Nächtigungen, so hatten wir 1960/61 860.000 Besucher mit 2,435.500 Nächtigungen aufzuweisen.

Allerdings ist der Anteil Wiens am gesamtösterreichischen Ausländer-Fremdenverkehr weiter gesunken und beträgt 1959/60 nur mehr 6.7 Prozent, gegenüber neun Prozent im Jahre 1955/56.

Es ist vorgestern schon von zwei Rednern gefordert worden, daß mit der Teppichwirtschaft bei der Autobahn endlich einmal ein und zwar rasches Ende gefunden werden möge. Die Statistik zeigt, daß nur mehr etwa 15 bis 20 Prozent der Reisenden per Bahn nach Österreich kommen und 75 bis 80 Prozent per Auto und Autobus einreisen.

Sie sehen, wir brauchen weder Fleckerlteppiche noch Perser; was wir brauchen ist dringendst eine fertige, durchgehende Autostraße von Salzburg nach Wien, die es dem fremden Gast gestattet, rasch und sicher aus dem Westen zu uns zu kommen.

Unsere Jugendgästehäuser weisen auch eine Erhöhung ihrer Frequenz auf. Wir konnten heuer bisher 41.210 jugendliche Besucher zählen, die 137.434 Nächte in den Jugendgästehäusern verbrachten. Das ist die gleiche Frequenz, wie wenn das Hotel Bristol und das Parkhotel Schönbrunn ganzjährig zu 100 Prozent besetzt wären.

Wir erwarten in den Jugendgästehäusern im kommenden Jahr den 300.000. Besucher und die millionste Nächtigung.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte über das neue Studentenhaus sagen, für das wir zehn Millionen Schilling im Budget haben und das insgesamt fast 42 Millionen kosten wird.

An unseren acht Hochschulen studierten im Sommersemester dieses Jahres 13.670 inländische und 4.021 ausländische Studenten. Das bedeutet bei den Inländern gegen 1954 eine Zunahme um 25 Prozent, bei den Ausländern aber eine solche um 250 Prozent. Die Steigerung dürfte in den nächsten Jahren anhalten, besonders wenn anständige und preisentsprechende Unterkünfte zur Verfügung stehen.

Das Internationale Studentenhaus wird in der ersten Ausbaustufe 364 Einzelzimmer enthalten.

Festwochen

Die Wiener Festwochen sind nach wie vor der glanzvolle Höhepunkt unseres kulturellen Lebens und haben ihren Platz im internationalen Bereich. Sie waren auch in diesem Jahr eine großartige Repräsentanz unserer künstlerischen Kraft. Es ist darüber schon viel geschrieben worden.

Das Programm der Festwochen 1962 wurde in seinen großen Zügen vor einigen Tagen bekannt gegeben. Es ist wieder außerordentlich repräsentativ und steht im Zeichen zweier großer Ereignisse: der Eröffnung des Theaters an der Wien und des 150-Jahr-Jubiläums der Gesellschaft der Musikfreunde.

Die Renovierungsarbeiten im Theater an der Wien sind in gutem Fortgang. Es ist nun sicher, daß wir die gesteckten Termine einhalten. Das Haus wird am 28. Mai 1962 durch den Bundespräsidenten feierlich eröffnet werden, die Eröffnungspremiere, die "Zauberflöte" unter Karajan, findet am 30. Mai statt. Die Vorstellung wird zu Sonderpreisen verkauft werden.

Damit hat die Stadtverwaltung Wiens ältestes und traditionsreichstes Theater mit einem Kostenaufwand von 80 Millionen vor dem sicheren Verfall gerettet und mit dem modernsten Bühnenmechanismus ausgestattet.

Es steht in Zukunft als Festspielhaus, als Gastspielbühne, für das Sommerprogramm, für das Theater der Jugend und als Mietobjekt für besondere Veranstaltungen unter anderem auch den Bundestheatern zur Verfügung.

Es wird nicht als städtische Bühne mit einem eigenen Ensemble und einer eigenen Produktion geführt werden. Es erhält deshalb auch keinen eigenen künstlerischen Direktor.

Für die Verwaltung des Hauses ist eine Theaterbetriebsgesellschaft in Gründung. Sie wird zwei gleichberechtigte Geschäftsführer haben, die einem Aufsichtsrat unterstellt sind. Einer der beiden Geschäftsführer wird der Intendant der Wiener Festwochen, Sektionschef Dr. Hilbert, der zweite ein kaufmännisch geschulter Beamter sein.

Ein kleiner Apparat von Bühnen- und Verwaltungspersonal wird die Spielbereitschaft des Theaters garantieren.

Wir haben uns nach Überprüfung der Theatersituation Wiens und reiflicher Überlegung zu dieser Gestion entschlossen, auch wenn sie nicht jedermanns Beifall findet. Sollten wir einmal davon abgehen wollen, dann wird dies einzig und allein von den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung bestimmt werden.

Das jährlich im Rahmen der Wiener Festwochen stattfindende Europa-Gespräch wird im nächsten Jahr zum fünften Mal abgewickelt werden.

Das 4. Europa-Gespräch dieses Jahres behandelte das Thema "Die voraussehbare Zukunft". Es begegnete so regem Publikumsinteresse, daß wir vorhaben, die nächstjährige Veranstaltung in die Volkshalle zu verlegen.

Das österreichische Fernsehen, der österreichische Rundfunk, der bayrische, der südwestdeutsche, der belgische Rundfunk und die Stimme Amerikas übernahmen Ausschnitte des Gespräches.

Das Europa-Gespräch 1962 steht unter dem Arbeitstitel "Europa in den Augen der anderen" und soll in Diskussionen mit Vertretern außereuropäischer Politiker Klarheit schaffen über Möglichkeiten und die Aufgaben unseres Kontinentes für den Aufbau einer neuen Welt."

Abschließend erklärte der Vizebürgermeister: "Wir alle haben die eine große Verpflichtung: dieser wunderschönen Stadt zu dienen und mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß ihre Eigenart, ihre in der ganzen Welt berühmte Atmosphäre nicht verlorenght. Wien darf sich nicht eine Schablone aufprägen lassen, nach der sich viele europäische Städte schon geformt und dabei ihr Wesen verloren haben. Wien muß Wien bleiben, die Stadt der "Unvollendeten", aber die Stadt der Menschlichkeit."

(Ende des Referates)

./.

Die Stadtverwaltung ehrt ihre Dienstjubilare
=====

13. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas gratulierte heute vormittag im Wiener Rathaus 22 Gemeindebediensteten zu ihren Dienstjubiläen. 21 der Jubilare stehen bereits 40 Jahre im Dienst der Stadtverwaltung, Amtsrat Alois Kölbl sogar volle 50 Jahre. Der Feier im Roten Salon wohnten mit dem Bürgermeister die Stadträte Riemer, Schwaiger und Sigmund, Magistratsdirektor Dr. Kinzl sowie die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Personalangelegenheiten bei. Unter den Festgästen befanden sich der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke Dr. Dipl.-Ing. Horak, die Dienststellenleiter sowie Funktionäre der Gewerkschaft.

Der städtische Personalreferent Stadtrat Riemer stellte in seiner Ansprache fest, daß die Zahl der Dienstjubilare bei der Gemeinde Wien erfreulicherweise ständig zunehme. Er bezeichnete dies als ein gutes Zeichen für den gesundheitlichen Zustand der Gemeindebediensteten, aber zugleich auch als ein Zeichen der vorbildlichen Dienstauffassung. Er dankte als Personalreferent für die langjährigen Leistungen im öffentlichen Dienst.

Stadtrat Schwaiger beglückwünschte die Jubilare im Namen der Städtischen Unternehmungen. Auch er dankte ihnen für ihre redlichen Bemühungen beim Aufbau der städtischen Versorgungsbetriebe. Die Glückwünsche der Gewerkschaft übermittelte Gemeinderat Weisz:

Bürgermeister Jonas verwies auf die großen Verdienste der Jubilare, die sie sich auf ihren Arbeitsplätzen erworben haben, in dem es ihnen gelang, in Zeiten schwerster Not die ihnen aufgebürdete Bewährungsprobe zu bestehen. Als es um das Ganze unserer Stadt ging, sagte er, haben sie gezeigt, wie sie zur Gemeinschaft stehen. Die jüngste Generation, die jetzt in den Gemeindedienst eintritt, hat es ihnen zu verdanken, wenn sie vollkommen geordnete Arbeitsstätten vorfindet. Der Bürgermeister dankte den Jubilaren im Namen der Stadt für ihre stets bewiesene Arbeitsbereitschaft und wünschte ihnen auch für die Zukunft die besten Erfolge.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

GR. Leuscher (KLS) als erster Debatteredner erklärt einleitend, daß seine Fraktion im großen und ganzen den Ausführungen von Vizebürgermeister Mandl zustimmen könne. Er beschäftigt sich zunächst mit dem Schulwesen und erklärt, daß beim Bund derzeit keine ernsthaften Versuche zu verzeichnen sind, die zur Beseitigung der kulturellen Mißstände führen könnten. Als die wichtigsten Forderungen macht er die Modernisierung und Demokratisierung unseres Schulwesens geltend. Der Lehrstoff müßte unserer Zeit angepaßt werden, der Weg zum Hochschulstudium müßte ohne Bildungsprivileg jedermann offen stehen. Über Fragen der Schule, sagt er, kann man nicht im kleinen Regierungskreis verhandeln, man müßte darüber in aller Öffentlichkeit diskutieren. Er begrüßt die Einführung eines zusätzlichen Hauptschuljahres, verlangt aber, der Lehrplan solle auch allgemein bildende Gegenstände umfassen. Er spricht sich gegen die Führung der ersten und zweiten Klassenzüge aus, die er als eine Diskriminierung der Schüler bezeichnet. Weiters empfiehlt er die Berücksichtigung des Schulwesens schon bei der Stadtplanung.

Was die überfüllten und baufälligen Mittelschulen und den baulichen Zustand der Technischen Hochschule anlangt, meint er, sollte die Gemeinde Wien mehr Interesse für die Abschaffung solcher Verhältnisse zeigen und beim Bund etwas dagegen unternehmen.

Zum Kapitel Volkshochschulen erklärt er, die Stadtverwaltung habe auf diesem Gebiet mit ihrem Renovierungsprogramm Beachtliches geleistet, doch müßte noch mehr geschehen. Das Problem der sinnvollen Freizeitgestaltung der arbeitenden Menschen bleibt weiterhin bestehen. Er begrüßt in diesem Zusammenhang die von den Volkshochschulen eingeführten Veranstaltungen für ältere Menschen, kritisiert aber, daß der Finanzminister die Volksbildung mit der Umsatzsteuer belastet. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft nicht nur materiell gegenüber den Besitzenden, sondern auch in den Möglichkeiten der Bildung

benachteiligt wird. Aus dem Bildungsprogramm der Volkshochschulen greift er den Vortragszyklus "Entwicklungsländer und Wien" heraus und stellt fest, daß als Vortragende nicht Vertreter der sogenannten Entwicklungsländer oder solcher Länder, die als Vorkämpfer für die Befreiung der Entwicklungsstaaten gelten, eingeladen wurden. GR. Lauscher regt an, die Gemeinde Wien möge mehr Interesse für Gedenktage und Gedenkstätten aufbringen, die sich auf die jüngste Vergangenheit beziehen.

Der Redner kommt sodann auf die Filmwirtschaft zu sprechen und stellt fest, daß sich diese mit allen ihren Sparten in einer großen Krise befindet. Die Besucherzahlen gehen immer mehr zurück und haben einen Tiefenrekord erreicht. Zur gleichen Zeit ist aber die Zahl der Filme gigantisch gestiegen. Da die Gemeinde Wien über den Weg der Steuereinnahmen am Kinogeschäft ihren Anteil hat, müßte sie das größte Interesse daran haben, gegen die Filmkrise etwas zu tun. Die Ursache dieser Krise liegt größtenteils in dem großen Angebot von schlechten Filmen. Das beste Mittel zur Bekämpfung wäre daher die Förderung des guten Films. Leider geschehe auf diesem Sektor viel zu wenig. Während andere Bundesländer und kleine Orte für den wertvollen Film bereits Steuerermäßigungen gewähren, konnte sich die Gemeinde Wien dazu noch immer nicht entschließen. Es sei auch bedauerlich, daß die Kiba als Mittel der Massenbeeinflussung tun und lassen kann was sie will und zur Förderung des guten Films soviel wie nichts beiträgt.

Der Redner kritisiert dann Radio und Fernsehen, die einen großen Teil ihrer Sendezeit mit klerikalischen Sendungen füllen. Der Nachrichtendienst wiederum könne nur als schwarz mit braunem Anstrich bezeichnet werden. Der Redner stellt fest, daß sich mit viel weniger Geld ein demokratischer Rundfunk aufbauen ließe, mit dem alle Hörer zufrieden sein könnten. Leider wurden in jüngster Zeit vom Rundfunk wiederholt Gleichschaltungen mit Bayern durchgeführt und im Fernsehen glaubt man vielfach nur mehr an den bundesdeutschen Rundfunk angeschlossen zu sein. Das gilt nicht nur für das Programm, sondern für die Nachrichtendienste ebenso wie für die Reklame. Es hat den Anschein, als ob der Anschluß bald wieder vollzogen sein würde. Andererseits wieder gibt es im Fernsehen ständige Hetzsendungen gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen die Sowjetunion.

Auch auf dem Sportsektor komme die Gemeinde Wien ihren Verpflichtungen nicht nach. Bei einer Erhöhung der Gesamtausgaben um 9.4 Prozent sind die Ausgaben für den Sport im Voranschlag 1962 um zehn Millionen geringer als im Jahr vorher. Sie machen, gemessen im Gesamtbudget, nur 0.19 Prozent aus und sind nicht einmal in den ordentlichen Mitteln des Budgets bedeckt, sondern in den Einnahmen aus dem Sportgroschen. Durch die Einführung der "Abortsteuer" würden den Vereinen neue Lasten aufgebürdet. So wird sich diese Steuer für einen Sportplatz, der für 2.000 Besucher kommissioniert wurde, auf 2.000 Schilling jährlich belaufen. Der Redner fordert auch die vermehrte Schaffung von Spiel- und Sportplätzen. Bei der Errichtung von Schulen und Wohnhausbauten müßten derartige Einrichtungen immer im ausreichenden Maße mitgeplant werden. Den aktiven Sportlern müßte auf den öffentlichen Verkehrsmitteln eine Fahrpreisermäßigung gewährt werden. Bei Absiedlungen von Sportstätten wäre darauf zu achten, daß die Ersatzanlage im selben Bezirksteil und nicht, wie es jetzt der Fall ist, die Ersatzanlage für eine Sportkegelbahn in Favoriten in der Leberstraße errichtet wird. Der Redner fordert die erhöhte Subventionierung von allen Sportvereinen, nicht nur jener, die die besseren parteipolitischen Beziehungen haben. Ausgenommen von der Subventionierung müßte jedoch der Österreichische Turnverband sein, der eine Brutstätte des Neonazismus sei.

Eine weitere Forderung des Redners ist die Gewährung der Einsichtnahme in die Gebarung der Stadion-Betriebsgesellschaft und die der Wiener Stadthalle. Sowohl für Stadion und Stadthalle werden bedeutende Steuermittel aufgewendet. Es sei daher berechtigt, auch über die Gebarung Aufschlüsse zu erhalten.

Vizebürgermeister Mandl hat behauptet, daß in der industrialisierten kapitalistischen Gesellschaft der Mensch im Mittelpunkt steht. Ja, er steht im Mittelpunkt, aber im Mittelpunkt des Geschäftes und der Reklame. Deshalb hat die gesellschaftliche Entwicklung die Überwindung des Kapitalismus und den Weg zum Sozialismus auf die Tagesordnung gestellt. Und wenn Vizebürgermeister Mandl gemeint hat, um ein Kulturmensch zu sein, muß man Opfer bringen, so könne er auch dem nicht beipflichten. Unser Ziel, ruft GR. Lauscher aus, ist der Sozialismus in dem ein

Mensch Kulturmensch sein kann, ohne Opfer zu bringen (Gegenrufe bei SPÖ und FPÖ!)

Abschließend erklärt der Redner, er erwarte eine sachliche Überprüfung seiner Anregungen im Interesse unserer Stadt. Im übrigen gebe er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu diesem Kapitel.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) knüpft an die Ausführungen des Referenten über die Schattenseiten der Konjunktur an. Wir müssen uns wirklich über diese Dinge ernste Gedanken machen. Natürlich ist es aber nicht richtig, daß solche Dinge nur im Westen vorkommen. Dieselben Erscheinungen wurden von der "Prawda" in der sogenannten "Jeunesse dorée" in Moskau festgestellt. - Was aber Österreich betrifft, so befinden sich ja Rundfunk und Fernsehen ohnehin in der Hand des Staates, sodaß die Möglichkeit bestünde, einen positiven Einfluß auf die Bevölkerung zu nehmen. Es wäre auch Aufgabe der Gemeinde Wien, eine Art Aufklärungskampagne durchzuführen und den Eltern zu sagen, daß sie die Kinder schädigen, wenn sie sie jedes Stück im Fernsehen anschauen oder das Radio ununterbrochen laufen lassen.

Zu den einzelnen Kapiteln im Voranschlag: der Redner fragt, welche Ausstellungen außer der Großausstellung im Jahre 1962 geplant sind. Die Cézanne-Ausstellung war nicht ganz befriedigend, weil sehr wichtige Gemälde nicht zur Verfügung standen. Vielleicht wäre es überhaupt besser, wenn die Wiener Festwochen die Wiener Kunst den ausländischen Besuchern nahebrächten.

Für den Naturschutz sind nach Ansicht des Redners zu wenig Mittel eingesetzt.

Dr. Broesigke pflichtet dem Referenten bei, daß es den Anschein habe, als ob die Theater im deutschen Sprachraum nur mit Subventionen erhalten werden können. Es wäre aber doch zu prüfen, in welchem Umfang die betreffenden Theater auch zugkräftig sind.

Überaus positiv nimmt der Redner zu den Wiener Festwochen Stellung. Das Europa-Gespräch sollte man mehr popularisieren, und zwar in dem Sinn, daß auch das Ergebnis des Gesprächs der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird.

Bei den Musiklehranstalten interessiere ihn die Entwicklung der Schülerzahlen im vergangenen Jahr.

Die Häuser in der Sterngasse. Der Redner meint, daß hier eindeutig ein Fehler von der Stadt Wien gemacht wurde. Er stellt den Antrag, die Stadt Wien möge die erforderlichen Mittel zur Erhaltung dieser Häuser beistellen.

Über die Jugendfrage wurde schon viel gesprochen. Auch die Demokratie müsse mit Verboten arbeiten. Neben positiven Maßnahmen müsse man daher die negativen Erscheinungen unterbinden, **soweit** dies mit rechtsstaatlichen Maßnahmen möglich ist. Es wäre deshalb eine entschiedenere Kontrolle auf dem Gebiet des Films und der Literatur wünschenswert.

GR. Dr. Broesigke stellt weiter fest, jeder objektive Beobachter müsse sagen, daß sich die Leistungen der Gemeinde Wien im Schulwesen von denen des Bundes vorteilhaft unterscheiden. Trotzdem müsse aber die Frage gestellt werden, was in den Schulen im Hinblick auf das viele von der Stadt Wien aufgewendete Geld geschieht. Er kritisiert die völlig ungesetzliche Konstituierung des Stadtschulrates, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die in Aussicht gestellte Regelung dieses Zustandes in absehbarer Zeit auch tatsächlich verwirklicht wird. Eine solche Regelung wäre kein schlechter Kompromiß und würde sich nur zum Vorteil unseres Schulwesens auswirken. Abschließend erklärt er, daß die FPÖ-Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe III die Zustimmung erteilen wird.

Als nächster Redner kommt GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) zu Worte. Sie **stellt** einleitend mit Genugtuung fest, daß die Ausgaben der Stadtverwaltung für die Volksbildung ständig steigen. Sie begrüßt dieses Bemühen, daß dazu angetan ist, der Bevölkerung durch Ausstellungen, Jugendkonzerte und andere Veranstaltungen echte Erlebniswerke zu vermitteln. Sie beschäftigt sich dann mit dem Stipendienwerk der Gemeinde Wien und bezeichnet die als Stipendien für die Hoch- und Mittelschüler bereitgestellten 3,2 Millionen Schilling als zu gering. Besonders kritisiert sie, daß viele Studierende automatisch bei der Vergabe von Stipendien ausgeschlossen sind, wie etwa die Schüler aus Privatschulen. In einem Antrag verlangt sie, man möge die Richtlinien für das Stipendienwerk der Stadt Wien dahingehend abändern, daß auch Studierende an privaten Schulen mit Öffentlichkeitsrecht einbezogen werden können.

Sie kommt dann auf die Volksbildung zu sprechen und hebt dabei lobend die Bemühungen der Stadtverwaltung, vor allem bei der Modernisierung der Volksbildungshäuser hervor. Sie stellt fest, daß die Volksbildung in Wien bemüht sei, neue Wege zu gehen. Sie stehen aber, besonders was die Erhaltung der Häuser betrifft, vor schweren finanziellen Problemen. Die Sorge um die Erhaltung, sagt sie, schwebt trotz der Subventionierung wie ein Damoklesschwert über den Kopf unserer Volksbildungsinstitute. Stadtteile, in denen neue Volksheime eröffnet wurden, müssen als bevorzugte Bezirke gelten. Dagegen gäbe es alte Volksbildungshäuser, die viel schlechter daran sind, wie etwa die Volkshochschule Wien-West, die wahrscheinlich in Kürze wegen Renovierungsarbeiten ausquartiert werden muß. Die Rednerin richtet an die Stadtverwaltung das Ersuchen, diesem Volksbildungshaus in Mariahilf ein entsprechendes Gebäude bereitzustellen.

Als sehr erfreulich und nützlich bezeichnet sie die in Wien veranstalteten Europa-Gespräche. Die Wiener Volksbildung leistet damit, indem sie Verständnis für andere Völker weckt, wertvolle Erziehungsarbeit.

Zum Thema des Musiklebens in Wien unterstreicht sie die fruchtbare Tätigkeit der Wiener Symphoniker und dankt ihnen dafür, daß sie sich für die Konzertreihen des Kulturamtes der Stadt Wien, zu der Wiener Pflichtschüler eingeladen werden, bereithalten. Sie regt an, man möge zu diesen Schülerkonzerten auch höhere Mittelschulklassen einladen. Ihrer Meinung nach sollte man bei der Zusammenstellung dieser Konzertprogramme mehr Bedacht auf Abwechslung nehmen. Die Rednerin vermerkt mit besonderer Genugtuung, daß die Wiener Festwochen immer mehr Besucher aus dem Ausland nach Wien locken, und daß sie ein reichhaltiges Programm zu bieten haben. Oft könnte man fast fragen, ob nicht zu viel geboten wird, und ob nicht eine gewisse Zurückhaltung von Vorteil wäre. Sie begrüßt die Beibehaltung des Pawlatschen-Theaters im Rahmen der kommenden Festwochen und bedauert aber zugleich, daß die geplante Nestroy-Ausstellung abgesagt werden mußte.

An die Spitze der Behandlung des Wiener Theaterlebens stellt sie die Eröffnung des Theaters an der Wien. Wenn auch diese berühmte Kulturstätte in Zukunft einen eigenen Theaterbetrieb

haben soll, glaubt sie, wird es doch notwendig sein, gewisse Beträge für entsprechende Vorstellungen bereitzustellen. Die Rednerin beschäftigt sich dann mit der gegenwärtigen finanziellen Situation der Wiener Theater, mit den vor allem durch die hohen Stargagen verursachten Mißstände, und setzt sich für eine Unterstützung des Raimundtheaters als einer der letzten echten Operettenbühnen Wiens ein.

Viel wurde über den Einfluß des Films auf die Jugend gesprochen. Es ist daher zu begrüßen, daß endlich eine einheitliche Filmprädikatisierungskommission gebildet wird, die zwar nicht beurteilen soll, ob ein Film jugendfrei ist oder nicht, sondern den Film beurteilt. Aus dieser Beurteilung ergibt sich dann aber die Möglichkeit, für als wertvoll oder empfehlenswert bezeichnete Filme steuerliche Begünstigungen zu schaffen. Als begrüßenswert bezeichnet die Rednerin das Jugendfilmabonnement, doch dürfte die Aufführung von Filmen auf Grund dieses Abonnements nicht auf eine geringe Zahl von Kinos und hier wiederum Arbeiterheim-Kinos beschränkt sein. Es wäre wünschenswert, daß mehr Kinos in den Genuß dieser Aktion kommen und daß den Jugendlichen dadurch auch die Möglichkeit gegeben wird, Filme des Jugendfilmabonnements in ihrem Bezirks- oder Schulbereich zu besuchen.

Die städtischen Büchereien wurden in den letzten Jahren stark ausgebaut und haben großen Zuspruch. Leider bestehe ein großer Mangel an gut ausgebildeten Bibliothekaren. Es sei daher bedauerlich, daß man sich noch immer nicht dazu entschlossen hat, den Bibliothekaren eine bessere Einstufung zu geben. Schließlich muß ein Bibliothekar über ein großes Wissen verfügen, er muß Fachliteratur und Zeitschriften lesen, Theater und Kinos besuchen, dem allen entspricht die derzeitige Einstufung aber keinesfalls.

GR. Nora Hiltl kommt sodann auf das Schulwesen zu sprechen und stellt fest, daß hier sehr viel für die Modernisierung und Renovierung der Schulen getan wurde. Erfreulicherweise hat auch der Bund in dem letzten Jahr auf dem Schulsektor bedeutende Leistungen erbracht. Vergessen dürfen auch nicht die Leistungen Privater werden, wie zum Beispiel der Schulneubau St. Ursula in Mauer. Die Rednerin verweist darauf, wieviel solche Privatschulen

zur Verbesserung der Schulverhältnisse beitragen und daß sie daher auch subventioniert werden müßten. Sie stellt den Antrag, den Schülern und Schülerinnen von privaten Pflichtschulen ebenso wie jenen der öffentlichen Pflichtschulen Lehrmittel durch die Gemeinde Wien kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Für die Berufsschulen wurde sicherlich auch sehr viel getan, leider sei aber die kaufmännische Berufsschule bisher unberücksichtigt geblieben. Die Rednerin stellt daher den Antrag, die Gemeinde Wien möge ehestens auch die dringend notwendige Renovierung und die Modernisierung der kaufmännischen Berufsschulen in Angriff nehmen.

Zur Forderung nach Errichtung von Bundeserziehungsanstalten stellt GR. Hiltl fest, daß die Fachleute heute der Meinung sind, derartige Erziehungsanstalten sollen nicht innerhalb der Stadt sondern an ihrem Rande sein. Es wäre daher kaum zweckentsprechend, die Wiedererrichtung der Bundeserziehungsanstalt in Hernals zu verlangen, ganz abgesehen davon, daß keine geeignete Möglichkeit vorhanden ist. Es hat sich auch gezeigt, daß die Bewohner der Stadt heute solche Erziehungsanstalten kaum mehr in Anspruch nehmen.

Auf dem Sektor des Natur- und Denkmalschutzes tritt die Rednerin für die Erhaltung von Gaslaternen in einigen Gebieten Wiens ein. Auch eine alte Gaslaterne hat etwas für sich und hat sicher dazu beigetragen, die Romantik der Wiener Bevölkerung anzuregen.

Abschließend stellt GR. Hiltl fest, daß die Ansätze des Kulturbudgets dazu beitragen, den Bewohnern unserer Stadt Bildung, Kunst und Kultur zu vermitteln und ihnen jene Kraft geben, in Zeiten, die allzu sehr durch Mechanisierung und Materialismus bestimmt sind, das Leben mit echtem Sinn zu erfüllen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Gertrude Sandner (SPÖ) stellt fest, das Kulturbudget lasse die Bemühungen und Leistungen um die Gestaltung der Kultur und des Geisteslebens in unserer Stadt erkennen. Gerade in einer Zeit, die durch das Tempo und die Technik und das Streben nach sichtbarem äußeren Erfolg gekennzeichnet ist, muß man den Aufgaben auf dem kulturellen Sektor besondere Aufmerksamkeit schenken. Man müsse daher auch die Ausführungen des GR. Lauscher, unsere

Schulen seien schlecht geplant, zurückweisen. Natürlich können alte Schulen nicht weggezaubert werden, aber sie wurden modernisiert und verbessert. Bei allen neuen Schulen aber hat man bewußt Spiel- und Sportplätze in ausreichendem Maße geschaffen. Sporterziehung beschränke sich auch nicht allein darauf, welche Massen man in ein Stadion oder auf die Sportplätze bringt. Die Sporterziehung beginne bereits in den Schulen durch die Wandertage, das Pflichtschwimmen und Eislaufen. Zur Frage der Schaffung eines Schulzentrums in der Josefstadt stellt sie fest, daß die Absicht besteht, in der alten Schule Josefstädter Straße 93 eine neue Volks- und Hauptschule mit Kindertagesheimstätten und einem Kinderhort zu errichten.

Die kaufmännische Berufsschule wird im Laufe des nächsten Jahres, wenn die III. Berufsschule fertig ist, ausgeweitet und verbessert werden.

Die Volkshochschule Wien-West wird in der nicht mehr vollausgenützten Schule in der Stumpergasse untergebracht werden.

Die Rednerin kommt dann auf die Klassenschülerzahlen zu sprechen, die als zu hoch bezeichnet wurden. Dazu ist zu sagen, daß wir bei unseren Volks- und Hauptschulen durchschnittlich 30 Schüler in einer Klasse haben, in den Sonderschulen 15. Deutschland dagegen hat in manchen Klassen bis zu 50 und mehr Schüler. Die Gemeinde Wien habe auch zur Behebung der Schulraumnot bei den Bundesmittelschulen 80 Klassenräume zur Verfügung gestellt. Ob Bundeserziehungsanstalten in oder am Rande Wiens errichtet werden, sei gleichgültig, die Hauptsache wäre, daß es überhaupt dazu käme. Es wird zwar viel von Jugendförderung gesprochen, aber ein Teil von Jugendlichen ist durch das Nichtvorhandensein von Internaten von dieser Förderung ausgeschlossen. Von privater Seite gebaute Internate sind bereits überfüllt.

Die Rednerin findet lebende Worte für die Wiener Sonderschulen, das Pädagogische Institut und die Berufsschulen. Sie bedauert jedoch, daß im Gegensatz zum Ausland die Innungen den Berufsschulen so wenig Hilfe angedeihen lassen.

Im folgenden bespricht sie das segensreiche Wirken der Schulgemeinde, des Landesjugendreferates, der Landeslichtbildstelle und vor allem der Musikschulen, die allen begabten Kindern unserer Stadt den Weg zu echten Kulturwerten ebnen. Eine weitere be-

begrüßenswerte Förderung des Musiklebens unserer Stadt bilden die Schülerkonzerte, für die 700.000 Schilling vorgesehen sind. 56.000 Schüler werden an diesen Konzerten teilnehmen. Man sollte aber auch das Interesse an gesprochenem Wort, am Theater, stärker wecken. In diesem Zusammenhang fragt die Rednerin den Referenten, wie hoch der Beitrag des Bundes für den Umbau des Theaters an der Wien ist. Die Kosten für die Renovierung des Innsbrucker Landestheaters in der Höhe von 44. Millionen Schilling werden nämlich von Bund, Land und Gemeinde gemeinsam getragen.

Freudig begrüßt die Rednerin die Vorbereitungen für einen zweiten Bücherbus. Der erste hat sich sehr bewährt. Als Kuriosum vermerkt sie, daß die städtischen Büchereien einige zehntausend Schilling jährlich an Umsatzsteuer bezahlen müssen.

Abschließend erklärt die Rednerin: wir wollen das Gute sehen, vom Gestern lernen und für das Morgen arbeiten. Die SPÖ-Fraktion werde daher den Ansätzen dieses Kapitels zustimmen (Beifall bei der SPÖ).

GR. Bittner (ÖVP) beschäftigt sich zunächst mit den Ausführungen seiner Vorrednerin über das Innsbrucker Landestheater. Man dürfe nicht vergessen, daß wir in Wien die Bundestheater haben, die uns nichts kosten. Man solle daher den Tirolern nicht neidig sein.

Die Ausstellungen des Kulturamtes der Stadt Wien könne man nur positiv bewerten, weil sie ein echter Beitrag zur Volks-erziehung sind.

Bei den Musiklehranstalten möge man nicht auf den 21. Bezirk vergessen, der bisher sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Gerade dort wäre aber ein entsprechendes Haus wichtig.

Im Zusammenhang mit der Denkmalpflege bedauert der Redner, daß der **Alszauber**-Brunnen in Hernals noch immer nicht wiederhergestellt wurde.

Beim Historischen Museum fällt angenehm auf, daß man hier bestrebt ist, die Ausstellungen im modernen Sinn zu gestalten.

Über das Landesjugendreferat sagt GR. Bittner, daß heuer erfreulicherweise ein größerer Einblick in dessen Tätigkeit gegeben würde. Es ist wirklich notwendig, vor allem die freie Jugendarbeit zu fördern. Die Jugendorganisationen sind die wichtigsten Erziehungsstätten unserer demokratischen Gemeinschaft.

Der Redner urgiert dann die Schaffung eines Landessportgesetzes und erinnert an einen diesbezüglichen Antrag der von der ÖVP im Vorjahr gestellt wurde. Er bricht dann eine Lanze für den Fußball, wenn er auch zugibt, daß sich in letzter Zeit gewisse Erscheinungen unangenehm bemerkbar machen.

Die Jugendspielplätze sollten nicht unmittelbar bei Wohnhausanlagen errichtet werden, wohl aber Kinderspielplätze. Es wäre auch Vorsorge dafür zu treffen, genügend Sportanlagen für seltenere Sportarten, wie Radball und Basketball zu schaffen.

GR. Bittner kommt dann auf die Kunstförderung zu sprechen und setzt sich für eine Sachförderung ohne Sachbeeinflussung ein. Er wünscht, man möge die Leistung und die Begabung fördern, wobei besonders der Jugend eine Chance zu geben ist. Man darf dabei auch keine bestimmte Kunstrichtung fördern oder benachteiligen. Auch die religiösen Kunstwerke sollen in die Förderung durch die Stadtverwaltung einbezogen werden. Er stellt im Zusammenhang die Frage, was wir in Wien nicht alles vermissen müßten, hätten wir nicht Förderer religiöser Kunst gehabt.

Abschließend beschäftigt er sich mit der Verlagstätigkeit von "Jugend und Volk" und verweist auf die große Zahl in den letzten Jahren preisgekrönter Jugendbücher, die in diesem Verlag herausgegeben wurden. Der Verlag erfülle somit vorbildlich die ihm gestellten Aufgaben. Im Zusammenhang begrüßt er auch die bevorstehende Herausgabe eines Jungbürgerbuches, richtet aber an den Vizebürgermeister die Frage, ob das Manuskript vor der Drucklegung nicht dem Gemeinderatsausschuß III zur Stellungnahme vorgelegt werden könnte. Er erklärt, daß die ÖVP-Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe III die Zustimmung geben wird.

GR. Liwanec (SPÖ) beschäftigt sich dann mit einem vor Beginn der Budgetdebatte in einer unabhängigen Tageszeitung veröffentlichten Artikel und verwahrt sich mit Nachdruck gegen seinen, wie er sagt, die Mitglieder des Gemeinderates diskriminierenden Inhalt. Zu den darin enthaltenen Äußerungen bemerkt er, daß die Politiker das Recht haben, als ein Teil des Kulturlebens eines Landes und einer Stadt angesehen zu werden.

Wir Politiker, sagte GR. Liwanec, brauchen uns nicht zu schämen, daß wir am Aufbau unserer Stadt mitgewirkt und auch bei der Bekämpfung und Erhaltung der Pressefreiheit mitgeholfen haben. Man muß sich erinnern, wie 1945 aus der gleichgeschalteten Presse allmählich Zeitungen der demokratischen Parteien wurden und wie dann später aus den Besatzungsblättern die sogenannten unabhängigen Blätter hervorgegangen sind. Diese unabhängige Presse, sagt er, ist abhängig von der Demokratie und von den Politikern, die sich für die Pressefreiheit eingesetzt haben. Er stellt abschließend fest, daß es Aufgabe der Kommunalberichterstattung ist, die Bevölkerung richtig zu informieren und aufklärend zu wirken.

Er beschäftigt sich dann mit Fragen von Rundfunk und Fernsehen und meint, man solle die Situation nicht in Schwarz-Weiß malen. Wenn im Gemeinderat von Völkerverständigung gesprochen wurde und die Äußerung fiel, daß das Fernsehen und der Rundfunk in dieser Hinsicht nicht seinen Aufgaben gerecht werde und vom deutschen Rundfunk und Fernsehen abhängig sind, dann müsse er klar aussprechen, daß gerade die Wiener es als Verhängnis erachten müßten, die Völkerverständigung und die Demokratie hinter dem eisernen Vorhang suchen zu wollen.

Er kommt dann auf die Probleme des heutigen Theaters zu sprechen und meint, man könne das heutige Theaterleben nicht mit den Zeiten vergleichen, da es weder den Film, den Rundfunk und das Fernsehen gab. An dieser Tatsache könne man nicht mehr vorbeigehen. Man könne daher auch nicht, sagte er, wie es GR. Eleonora Hiltl getan hat, die Erhaltung eines Operettentheaters von gestern verlangen und gleichzeitig sagen, daß es durch das Musical überholt ist, ebenso nicht versuchen mit Stars der Vergangenheit das Publikum von heute zu unterhalten. Der Redner ist für die Unterstützung der Theater. Dies müsse aber mit Vernunft und mit einem Plan geschehen. Früher war es so, daß junge Schauspieler, Schriftsteller und Musiker in die Provinz gingen, um dort ihre Lorbeeren zu verdienen.

In Wien haben nach 1945 die Kollertheater diese Funktion übernommen, leider aber nicht mit dem gewünschten Erfolg. Es zeigt sich auch bei ihnen eine rückläufige Besucherzahl und in der Auswahl der Stücke werden sie ihrer Aufgabe ebenfalls nicht gerecht. Die Heranbildung des Nachwuchses ist daher eine Aufgabe der Wiener Privattheater geworden.

Zum Thema Kampf für den guten Film stellt der Redner fest, daß es nicht genügt, den schlechten Film abzulehnen ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, daß der gute Film in genügender Zahl geboten wird. Völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit haben sehr viele Kulturorganisationen, aber auch die demokratischen Parteien, die Jugendverbände, die Volksbildung, Wirtschaftverbände und Kammern viel für die Vorführung des guten Filmes getan. Die Produktion kann von hier aus aber kaum beeinflußt werden. Zuwenig beachtet wird auch die Arbeit des Landesjugendreferates. Es war dies die erste Institution die es übernahm, im Zusammenhang mit der Film-erziehung eine Erziehung der Jugend für das Fernsehen ins Leben zu rufen. Das Landesjugendreferat ist bemüht, die Herstellung des guten Filmes und des Jugendfilmes zu fördern. Es fordert auch den Schutz der Jugendvorstellungen, das heißt, daß alle unter diesem Titel abgehaltenen Vorstellungen wirkliche Jugendfilme bringen müssen. Das Landesjugendreferat veranstaltet Vorträge und Sondervorführungen, Filmseminare, erstellt Diskussionsgrundlagen und vieles andere. Zur Kritik an der Kiba ist zu sagen, daß diese sich wirklich bemüht, künstlerisch wertvolle Filme zur Uraufführung zu bekommen und das Programm so zu gestalten, daß sie es verantworten kann. Man werde jedoch das Gefühl nicht los, daß die Vorwürfe gegen die Kiba vielfach nur deshalb erhoben werden, um sie von der Verantwortlichkeit der Gemeinde wegzubringen.

Abschließend spricht GR. Liwanec die Hoffnung aus, daß dieses Budget wieder ein Schritt weiter sein wird, kommende Generationen im Interesse des Ausbaues unserer österreichischen Demokratie zu erziehen. (Beifall.)

Vizebürgermeister Mandl dankt in seinem Schlußwort allen Debatterednern für ihre sachlichen Ausführungen. Er geht dann auf die Ausführungen des GR. Lauscher ein und stellt fest, daß es auf dem Schulsektor zweierlei Dinge gäbe, nämlich die Errichtung und Erhaltung der Schulen und den Schulbetrieb selbst. ./.

Der Einfluß der Geschäftsgruppe III beschränkt sich jedoch lediglich darauf, alle Voraussetzungen für den guten Schulbetrieb zu schaffen.

Zur Kritik am Bildungsprogramm der Volkshochschulen ist zu sagen, daß die genannte Vortragsreihe keine andere Aufgabe hatte, als die Menschen überhaupt mit den Problemen anderer vertraut zu machen. Es wäre nicht Aufgabe der Volkshochschulen Referenten aus allen Teilen der Welt einzuladen. Das geschieht ohnedies durch die Gemeinde Wien beim Europa-Gespräch.

Die Frage Kino und Fernsehen sei nicht allein ein Problem der Qualität, sondern vielmehr ein Problem der Bequemlichkeit. Die Konkurrenz Fernsehen und Film wird uns in der Zukunft viel zu schaffen machen. In manchen Ländern ist es heute schon so, daß die Kinobesitzer Fernsehübertragungen an die Wand projizieren, um ihren Besuchern zu ermöglichen, aktuellen Ereignissen im Fernsehen zuzusehen. Wir können heute noch nicht beurteilen, wie diese Entwicklung weitergehen wird. Schließlich konnte man auch die Fiaker nicht vor den Autos retten.

Nach welchem Gesichtspunkt GR. Lauscher die Abortgebühr für einen Sportplatz errechnet habe, sei unbekannt.

Das Stadion wird über die veranschlagten Beträge hinaus noch bedeutende Kosten verursachen, da die alten Betonfundierungen durch Kriegseinwirkungen verschoben wurden und dadurch große Fugen aufgerissen sind. Außer den Renovierungsarbeiten sollen verschiedene Räume des Stadions zeitgemäß ausgestaltet werden.

Zu den Ausführungen des GR. Dr. Broesigke ist zu sagen, daß selbstverständlich außer der Secrat-Ausstellung auch noch eine Nestroy-Ausstellung geplant ist und viele Kleinausstellungen des Kulturamtes und der Stadtbibliothek.

Zur Frage des Naturschutzes ist zu sagen, daß die Mittel des Österreichischen Naturschutzbundes erschöpft sind. Man ist dabei, die Gründung der Landesgruppe Wien vorzunehmen, da Naturschutzangelegenheiten auf breiter Basis behandelt werden müssen.

Zur Forderung, die Europa-Gespräche der Öffentlichkeit besser zur Kenntnis zu bringen, ist zu sagen, daß jährlich eine Broschüre erscheint, die alle Referate des Europa-Gespräches enthält. Bezüglich der Häuser in der Sterngasse hat sich die Stadt Wien bereiterklärt, Mittel für die Erhaltung dieser Häuser zur Verfügung zu stellen.

Eines kann die Stadt Wien jedoch nicht tun; sie kann als Stadt nicht die Funktionen und Aufgaben des Bundes übernehmen. Auch spielen bei den Häusern in der Sterngasse die Aufträge der Baupolizei eine gewisse Rolle, da man die Menschen der Umgebung nicht gefährden kann.

Gemeinderätin Hiltl habe sich mit dem Privatschulwesen beschäftigt und die Forderung nach Subventionierung erhoben. Vizebürgermeister Mandl empfiehlt den Antrag zur Ablehnung, da man erst abwarten müsse, bis die schulgesetzlichen Bestimmungen, über deren Änderung bereits beraten wird, beschlossen sind.

Zur Forderung, die Aktion der Jugendkonzerte auf die oberen Mittelschulklassen auszudehnen, ist zu sagen, daß die Gemeinde Wien nicht ständig Kompetenzen und Aufgaben des Bundes übernehmen kann. Die Mittelschulen gehören dem Bund und er hat für sie zu sorgen. Man hat auf diesem Sektor ohnedies schon viel getan und die Untermittelschulen in die Aktion einbezogen. Die Gemeinde Wien stellt dem Bund auch viele Klassen und Schulhäuser für den Mittelschulbetrieb zur Verfügung, damit die Raumnot gelindert wird.

Zu den Ermäßigungen für wertvolle Filme ist zu sagen, daß andere Bundesländer leicht Beschlüsse fassen können, da nicht sie dadurch einen Einnahmenverlust erleiden, sondern die Gemeinden, denen die Einnahmen zustehen. Übrigens werden diese Steuerermäßigungen nur für den Kriegsoferzuschlag gegeben. Wenn es zu einer echten bundeseinheitlichen Lösung kommen soll, wird sich auch Wien solchen Verpflichtungen nicht verschließen.

Den Antrag der ÖVP wegen der Modernisierung der kaufmännischen Berufsschulen, empfiehlt der Referent, zuzuweisen. Er bemerkt jedoch, daß er schon wiederholt gesagt habe, nach Fertigstellung des III. Zentralberufsschulgebäudes bleibe nur eine Aufgabe, nämlich der Bau einer Kaufmännischen Berufsschule.

Die Schulküchen werden wir weiter ausbauen.

Auch die Anregung, junge Kräfte im Theater der Jugend zu beschäftigen, wollen wir gerne aufgreifen.

Für das Theater an der Wien haben wir vom Bund nichts bekommen. Die Ausrede mit den vier Staatstheatern, können wir nicht gelten lassen, denn für das Steueraufkommen des Bundes zahlen die Wiener einen beträchtlichen Anteil.

Den Wunsch nach einer Musikschule in Floridsdorf werden wir gerne vormerken. Man müsse überhaupt für die kulturellen Einrichtungen des 21. Bezirkes mehr tun. Und wenn er vor der Frage stehe, weitere zehn bis 15 Millionen für das Raimundtheater zu geben oder ein Kulturzentrum in Floridsdorf zu schaffen, betonte Vizebürgermeister Mandl, dann entscheide er sich für Floridsdorf.

Auch er sei gegen eine Lenkung auf dem Gebiet der Kunst und Kultur. Solche Bestrebungen bestehen aber keineswegs.

Was das Sportgesetz betrifft, so haben wir den Sportbeirat, der sich gut bewährt. Warum sollen wir also nicht dabei bleiben?

Seine Kritik am Fußballsport beziehe sich nicht auf den Fußball an und für sich; auch er sei Anhänger eines Vereines. Aber der moderne Sklavenhandel gefällt uns halt nicht sehr.

Für Handball und Basketball ist vorgesorgt.

Ein offenes Wort zur Kunstförderung: es liegt bei den Akademien, die Auswahl unter den Studierenden zu bestimmen und es wäre auch deren Aufgabe, eine strengere Auslese zu treffen.

Die Bürstenabzüge des Jungbürgerbuches werden in den nächsten Tagen fertig sein und sollen zur Prüfung an verschiedene Stellen ausgesandt werden.

Der Referent dankte GR. Liwanec für die klare Sprache, daß mit Verboten allein nichts getan ist. Man muß dem Schlechten das Gute entgegenstellen. Wir dürfen nicht verzweifeln, und wir haben auch schon Erfolge zu verzeichnen.

Vizebürgermeister Mandl unterstreicht auch die offenen Worte des sozialistischen Debattenredners an eine "gewisse Presse". Er versichert, daß auch die Stadträte sich ihre Reden selbst machen und das sagen, was sie sagen wollen. Er glaube überhaupt, daß manche Journalisten sich keine Vorstellung davon machen, was alles ein Gemeinderat zu leisten hat. Es geht bei diesen Fragen um die Grundsätze der Demokratie. Es geht darum, ob wir die Achtung der Jugend und unserer Mitbürger vor den demokratischen Institutionen unseres Staatswesens wecken können.

Er glaube jedenfalls sagen zu können, daß die verantwortlichen Funktionäre alles tun, um diese heißgeliebte Stadt weiterzubringen und in eine schönere Zukunft zu führen! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wird das Budget der Geschäftsgruppe III einstimmig angenommen.

Der Antrag der FPÖ über die Häuser in der Stern gasse wird einstimmig zugewiesen.

Die Anträge der ÖVP über die Richtlinien für das Stipendienwerk und über Lernmittel für private Pflichtschulen werden mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und KLS abgelehnt. Der Antrag der ÖVP über die kaufmännischen Berufsschulen wird einstimmig zugewiesen.

Die Beratungen werden morgen, Donnerstag, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes).

- - -

Streichung im amtlichen Straßenverzeichnis

=====

13. Dezember (RK) Die "Neefegasse" und die "Pendlgasse" im 23. Bezirk sowie die "Glockengießergasse" im 11. Bezirk, werden aufgelassen und aus dem amtlichen Straßenverzeichnis gestrichen. Diese Maßnahme, die sich auf Beschlüsse des Gemeinderates aus den Jahren 1959 und 1961 gründet, trägt Abänderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Altmannsdorfer Straße und Erlaaer Straße sowie für die ostwärts der Heidequerstraße gelegenen Grundstücke Rechnung.

- - -

Gesperrt bis 13. Dezember, 24 Uhr!

Die neuen Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung
=====

13. Dezember (RK) Zum zehntenmal seit ihrem Bestehen werden neuer Ireise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Auf Grund eines einstimmigen Vorschlages des von ihm eingesetzten Kuratoriums hat Bürgermeister Jonas die Freise des Jahres 1961 an fünf Einzelpersonen und an eine Personengemeinschaft vergeben, und zwar an den Chauffeur Josef Hanns, an den Eisenbahner Johann Heilmann, an Univ.-Prof. i.R. Dr. Stefan Jelinek, an die Fachärzte für Neurologie und Psychiatrie Dr. Erwin Ringel und Dr. Hans Rotter sowie an die Gesellschaft der Musikfreunde.

Josef Hanns und Johann Heilmann haben ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um Katastrophen von unvorstellbarem Ausmaß zu verhüten. Hanns fuhr einen brennenden Tankwagen, in dessen unmittelbarer Nähe 120 000 Liter Benzin lagerten, aus dem Gefahrenbereich. Heilmann verhütete als Lokomotivführer eines Güterzuges im Bahnhof Bad Schallerbach in der Nacht ein Zugsunglück, das zahlreiche Todesopfer gefordert hätte. Er erlitt dabei schwere Verletzungen.

Prof. Dr. Stefan Jelinek, der Senior der österreichischen Wissenschaftler, ist der Begründer der Elektropathologie, eines Forschungszweiges, der von Wien ausgegangen ist und sich zu einem Hauptfach der Gewerbemedizin entwickelt hat.

Die beiden Ärzte Dr. Erwin Ringel und Dr. Hans Rotter kämpfen erfolgreich gegen Zeit- und Massenerscheinungen an, die in der modernen Gesellschaft wie Seuchen verbreitet sind und die schwersten sozialen Auswirkungen nach sich ziehen. Dr. Ringel hat die Lebensmüdenfürsorge der Caritas aufgebaut und widmet dieser wichtigen psychohygienischen Einrichtung seine gesamte Freizeit. Dr. Rotter, Sekretär des Vereines "Trinkerheilstätte", ist auf dem Gebiet der Trinkerfürsorge tätig. Er behandelt als wissenschaftlicher Autor die Probleme des Alkoholismus und ist in weiten Kreisen als Vortragender bekannt. Der Verein "Trinkerheilstätte" hat die Vorarbeiten für den Ausbau des Genesungsheimes in Kalksburg geleistet und in Wien fünf Beratungsstellen

für alkoholkrankè Männer und Frauen errichtet. Die Stellen betreiben die offene (freiwillige) Erfassung. Patienten und Angehörige werden kostenlos ärztlich und fürsorgerisch beraten und gruppentherapeutisch behandelt. Diese Form wurde innerhalb Europas erstmalig in Wien durchgeführt und von vielen Ländern übernommen.

Die Gesellschaft der Musikfreunde feiert im nächsten Jahr das Fest ihres 150jährigen Bestehens. Sie gehört zu den ältesten Vereinigungen ihrer Art in unserer Stadt und hat sich unter der Leitung berühmter Künstler zu einer Institution entwickelt, die ein Begriff geworden und aus dem Wiener Musikleben nicht wegzudenken ist.

Die fünf Einzelpersonen erhalten Geldbeträge in der Höhe von je 10.000 Schilling, auf die Personengemeinschaft entfallen 50.000 Schilling. Die feierliche Preisverteilung durch Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl findet voraussichtlich am 13. Jänner im Wiener Rathaus statt.

- - -

Publikums-Galeriekarten für Rathaus-Budgetberatungen
=====

13. Dezember (RK) Für die Budgetsitzungen des Wiener Gemeinderates, die noch bis einschließlich 21. Dezember an allen Wochentagen um 9 Uhr früh beginnen (am Samstag um 8.30 Uhr) sind Galeriekarten unentgeltlich im Rathaus erhältlich, und zwar während der Amtstunden im Präsidialbüro, 5. Stiege, 1. Stock.

- - -